

SPD demokratischer pressediens

P. XXVII/179

18. September 1972

Ein Appell an uns selbst

Plädoyer für Solidarität und Selbstvertrauen
Von Helmut Schmidt

Seite 1 bis 2a. / 108 Zeilen

Politik positiver Perspektiven

Die "Unions"-Etatpolitiker verlieren den Atem
Seite 3 und 4 / 61 Zeilen

Skeptiker widerlegt: Schulreform ist
finanzierbar

Essen legte beispielhaften Schulentwicklungs-
plan vor

Seite 5 / 33 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Die Laien und die Oberlaien"

"Das Zentralkomitee und die kommende Bundes-
tagswahl"

Seite 6 und 7 / 48 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 86 37 - 38
Telex: 696 248 / 696 847/
696 848 PPD D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 88 11

Ein Appell an uns selbst

Plädoyer für Solidarität und Selbstvertrauen

Von Helmut Schmidt

In dieser Woche tritt nach der parlamentarischen Sommerpause die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wieder zusammen. Es soll nur ein kurzer Abschluß der VI. Legislaturperiode werden; Willy Brandt wird die Vertrauensfrage stellen, damit wir zu Neuwahlen kommen. Dafür ist gerade unsere Fraktion aufgerufen, den Weg zu ebnen.

Dieser Weg zu Neuwahlen hin ist durch gesetzliche Erfordernisse und Bestimmungen der Geschäftsordnung "geplastert"; das sind - gewiß wichtige - technische Abläufe. Bedeutender ist jedoch unsere politische Entscheidung. Wir erstreben einen breiten Vertrauensbeweis, an ihn müssen wir jetzt jeden Tag denken.

Wir Sozialdemokraten sind häufig zu selbstkritisch, um unsere Leistungen eindringlich genug vorführen zu können. Wir beschäftigen uns immer noch mit der Handvoll Lebilos, die Arbeit und Erfolg des sozialliberalen Bündnisses und der Regierung Willy Brandt's behindern wollten; und wir sind dabei in Gefahr, den klaren Blick und nüchterne Maßstäbe zu verlieren:

- Wir müssen das große öffentliche Vertrauenskapital, das Willy Brandt und Walter Scheel und andere durch ihre Arbeit und durch ihr Auftreten gewonnen haben, aktivieren und fruchtbar machen.

- Wir müssen die in West und Ost anerkannte Bedeutung der Brandt/Scheel'schen Friedenspolitik in Erinnerung rufen, die der Entschluß des Nobel-Preis-Komitees, Willy Brandt mit dem Friedensnobelpreis auszuzeichnen, vor aller Welt hervorgehoben hat.

- Wir müssen die praktischen Auswirkungen der Ostverträge im Bewußtsein halten, das Berlin-Abkommen und die weiteren vertraglichen Vereinbarungen. Viele waren doch lange unsicher gewesen, weil das Zustandekommen der Regelungen für Berlin nicht nur von uns, sondern von vielschichtigen internationalen Entwicklungen abhing. Jetzt haben wir die Sicherheit Berlins, und die gewonnenen Erleichterungen werden jeden Tag sehr praktisch von unzähligen Menschen erlebt.

- Wir müssen die wirtschaftlichen Erfolge bewußt machen, die Sicherheit der Arbeitsplätze und die realen und effektiven Einkommenssteigerungen in den letzten drei Jahren von im Durchschnitt 17 Prozent.

- Wir müssen den gewaltigen Leistungskatalog im Bereich der Sozial- und Gesellschaftspolitik Punkt für Punkt öffentlich darlegen; diese Regierung hat in nur drei Jahren mehr durchgesetzt, als jede Regierung vorher in einer vollen Legislaturperiode.

- Wir müssen unsere sehr anspruchsvolle Regierungserklärung vom Oktober 1969 wieder zur Hand nehmen und Zeile für Zeile studieren, um aus der nüchternen Gegenüberstellung "versprochen - gehalten" jenes hohe Selbstvertrauen zu gewinnen, zu dem unsere Leistung uns legitimiert.

Dagegen bleibt überall die Frage zu stellen: Was eigentlich hat die konservative CDU/CSU-Opposition vorausweisen? Außer der einzigen und sie einigenden Triebfeder, wieder die Macht in diesem Staat zu gewinnen? Und außer den 40 Millionen DM in ihrer Wahlkampfkasse, die bestimmt nicht aus Mitgliedsbeiträgen stammen?

- Franz-Josef Strauß hat bei sehr vielen Menschen kein Vertrauen; viele wissen: Wer ihn wählt, der wählt die innen- und außenpolitische Unberechenbarkeit. Er aber entscheidet in der CDU/CSU.

- Rainer Barzel hat man in der eigenen Bundestagsfraktion beim Versuch des konstruktiven Mißtrauensvotums die Gefolgschaft versagt. Er hängt von Strauß ab. Er ist ein Kanzlerkandidat, der sich bei der Ratifizierung der Ostverträge zuerst nicht entscheiden wollte, sich dann nicht entscheiden konnte und schließlich - unter der Nötigung der CSU und ihres Vorsitzenden - sich nicht entscheiden durfte.

Die CDU/CSU-Opposition ist keine Arbeiterpartei; vielmehr leistet sie sich nur einen Arbeiterflügel, der manchmal mit uns stimmen darf. Sie hatte infolge ihrer innerparteilichen Zersplittertheit auch nicht die Kraft zur Alternative. Diesen Eindruck kann sie auch nicht dadurch wegschicken, daß sie heute im Wahlkampf ihre Papiere mit dem anspruchserhöhenden Zusatz "Plan" oder "Programm" verziert.

- Wir müssen der CDU/CSU dagegen vorhalten, daß man für das marktwirtschaftliche Konzept nicht glauben darf, denn sie

handelt ja nicht danach. Und daß sie gerade in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nie mit einer Zunge, sondern immer nur in Dissonanzen gesprochen hat: in Bonn anders als in Kiel und dort wieder anders als in Bayern.

- Wir müssen der Opposition ihr Verhalten beim Betriebsverfassungsgesetz, beim Städtebauförderungsgesetz, beim Mieterschutz vorhalten. Und Strauß wäre in seiner verbohrten Gogenschicht zu unserer Entspannungspolitik sogar bereit gewesen, die Bundesrepublik in die Isolierung zu führen.

Wie auch immer diese kurze parlamentarische Rückkehr jetzt ablaufen mag: Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, daß es unsere Entscheidung war, Neuwahlen herbeizuführen - während Dr. Barzel statt dessen den Kanzlerstuhl viel lieber durch einige Überläufer hätte erschleichen wollen. Wir wollen statt dessen die Wähler fragen, ob die sozialliberale Bundesregierung weiterarbeiten soll.

Wir Sozialdemokraten stehen dabei in der Verantwortung unserer 110jährigen Geschichte; noch nie haben wir so lange regiert, wie seit 1966, zuerst mittragend und seit 1969 führend. Aber viel länger haben in den letzten 110 Jahren die Konservativen aller Schattierungen regiert. Mit den Forderungen unseres Programms und dem Nachweis der durchgesetzten Leistungen haben wir die Chance in den Händen, vom Wähler den Auftrag zu erhalten, diesem Jahrzehnt den sozialen und fortschrittlichen Stempel unserer Regierungsarbeit für dieses Land auszudrücken. Dafür müssen wir in Solidarität und mit großem Selbstvertrauen antreten.

(-/ox/18.9.1972/bgy)

Politik positiver Perspektiven

Die "Unions"-Etatpolitiker verlieren den Atem

Anders als ihre beiden Vorgängerinnen, in denen Sozialdemokraten nicht das Sagen hatten, kann die sozialliberale Regierung den Wählern zu Beginn des Wahlkampfes für den Siebten Deutschen Bundestag ein positiveres Bild präsentieren. In mindestens drei Punkten wird das Stabilitätsgesetz erfüllt:

- Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ist gegeben. Bundeswirtschafts- und Finanzminister Helmut Schmidt versicherte daher auch vor dem Beirat seiner Partei für Arbeitnehmerfragen, daß Erwägungen und Vermutungen über eine neue DM-Aufwertung absurd sind;

- mit einer Arbeitslosenquote von 0,9 vH. steht die Bundesrepublik ziemlich einmalig da. Die Sorge um Arbeitsplätze ist kein politisches Diskussionsthema, an dem sich 1966 nach dem Erhardschen Debakel NPD und KPD hochziehen konnten;

- das Wirtschaftswachstum ist ruhiger und ausgeglichener als seit Jahren, wenn auch noch keineswegs ideal. Im Durchschnitt findet derzeit weder eine Überforderung der Produktionsressourcen noch der Nachfrage statt.

Vor dem Hintergrund dieses Gesamtbildes grenzt es an Dummheit oder Ignoranz, wenn einem Lohn- und Preisstop das Wort geredet wird. Helmut Schmidt konnte denn auch vor dem Arbeitnehmerbeirat des SPD-Vorstandes pointiert auf die Tatsache verweisen, daß jene europäischen Staaten, die sich in Lohn- und Preisstop versucht haben, damit keine niedrigere Preissteigerungsrate erreicht haben als die Bundesrepublik ohne solche dirigistischen Parforceritte; das Gegenteil ist nicht selten der Fall.

Nun sind da aber noch die viel zitierten und beschworenen Staatsfinanzen. Ihre Entwicklung sieht inzwischen besser aus als das den Schwarzmalern im Unionslager lieb sein kann. Wenn sie

aber dann hergehen und die Ergebnisse der Steuerschätzung als Beweis für die "inflationistische Politik dieser Bundesregierung" heranziehen, so vergessen sie dabei, daß die Budget-Pläne seit 1950 auf jenen Mehreinnahmen mitaufbauten, die sich zwangsläufig aus der Geldentwertung ergeben. Dies ist keine Erfindung der sozialliberalen Koalition.

Die Unions-Unken müssen aber die Überzeugungskraft dieser Argumente wohl selbst bezweifeln. So mag zu erklären sein, daß der von Franz-Josef Strauß ebenso intensiv wie heimlich aufgebauete Barzel-Antipode Gerhard Stoltenberg denn auch flugs einen höheren Länderanteil an der Umsatzsteuer forderte. Also ergibt sich folgende Entwicklung: 1/ Es sah bisher nicht rosig aus um die Staatsfinanzen, 2/ die amtliche, keineswegs von der Bundesregierung allein vorgenommene Steuerschätzung läßt ein hoffnungsvolleres Bild entstehen; und 3/ Stoltenberg attackiert als "Diabolus ex machina" das Szenarium und Strauß klatscht Beifall.

Es ist ein fades, wenn auch leichtes Spiel, den allmählich wieder solider werdenden Sockel des öffentlichen Gesamthaushaltes dadurch zu gefährden, daß man ihn auf einer Seite unprogrammgemäß überbelastet. Dem öffentlichen Gesamthaushalt wäre mehr gedient, wenn Dr. Stoltenberg statt zusätzlich zu fordern, endlich konkrete Vorschläge für Einsparungsmöglichkeiten gemacht hätte.

So drängt sich der Verdacht auf, daß die Unionsparteien nach dem Muster der Salamitaktik immer exakt wieder abzackern wollten, was die sozialliberale Regierung dazugetan hat. Mag sein, daß die "Unions"-Politiker, die dies Verfahren favorisieren, vergessen haben, daß sie sich dabei auch in die Finger schneiden können.

Theodor Tremmes
(-/ex/18.9.1972/bgy)

+ + +

Skeptiker widerlegt: Schulreform ist finanzierbar

Essen legte beispielhaften Schulentwicklungsplan vor

Kritiker und Gegner einer umfassenden Bildungs- und Schulreform werden es in Zukunft schwieriger haben. Das Argument, die Vorhaben sozialdemokratischer Bildungsplaner seien Utopie, weil die finanziellen Mittel zur Realisierung fehlen, kann ad acta gelegt werden, denn das Gegenteil ist der Fall.

In Essen hat ein Expertengremium aus Mitarbeitern der Stadtverwaltung und unabhängigen Sachkennern einen über 400seitigen und zweieinhalb Kilo schweren Schulentwicklungsplan (SEP) für die Jahre 1972 bis 1985 vorgelegt und die Zielvorstellungen des 5. Zwischenberichts der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung sowie des Prioritätenkatalogs dieser Kommission konkret in kleinteilige Detailplanung für den Stadtbereich Essen umgesetzt. Das Ergebnis ist verblüffend: Eine umfassende Schulreform erfordert nicht mehr Geld als bisher schon jährlich für das bestehende Schulsystem aufgebracht werden muß.

Essens Planer kommen zu dem Schluß, daß bis 1987 rund 534 Millionen DM für das Schulwesen der viertgrößten Stadt der Bundesrepublik investiert werden müssen, jährlich rund 36 Millionen DM. Das ist weniger als in den letzten Jahren vom Rat der Stadt für den Schulbau veranschlagt war.

Die Schwerpunkte des Essener Schulentwicklungsplanes sind:

1/ Schaffung eines gleichen Bildungsangebotes zwischen Villenvierteln und Arbeitersiedlungen; 2/ Konzentration von Ganztags-schulen in Gegenden mit sozialschwachen Familien; 3/ ein Bau-system, mit dem das bisher dreigestufige Schulsystem durch eine Schulstufengliederung abgelöst werden kann; 4/ schulische Versorgung für alle Kinder bis zur zehnten Klasse sowie 5/ Vorschulklassen für alle Fünfjährigen.

Mit dem SEP der Stadt Essen sind erstmals in der Bundesrepublik konkrete Möglichkeiten zur pädagogischen Planung und Verwirklichung der von der Bund-Länder-Kommission angestrebten Großstadt-schule auf der Basis einer Großstadt gegeben. Essen hat den ersten Schritt getan. Bleibt zu hoffen, daß weitere folgen.

Code Caps
(-/ex/18.9.1972/ks.)

+ + +

Die aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Die Laien und die Oberlaien"

"Das Zentralkomitee und die kommende Bundestagswahl"

Das Amtsblatt des Münchener Erzbischofs und amtierender Vorsitzender der Bischofskonferenz, Julius Kardinal Dr. Döpfner, die "Münchener Katholische Kirchenzeitung", hat am 17. September zur Vor-Bundestagswahl-Aussage des Zentralkomitees der deutschen Katholiken in pointierter Form redaktionsoffiziell Stellung genommen. Der Generalsekretär des Zentralkomitees, Dr. Friedrich Kronenberg, hat inzwischen in scharfer Form geantwortet und den Döpfner-Blatt "Manipulation statt Information" vorgeworfen. Es folgt der Text des Kirchenblatt-Artikels in voller Wortlaut:

"Um die 'politische Verantwortung der Christen' (so der Titel) zu schärfen, hat der Geschäftsführende Ausschuss des Zentralkomitees der deutschen Katholiken eine Erklärung zur kommenden Bundestagswahl abgegeben. Warum? Wegen der ernststen Situation unseres Landes! Weil der Staat 'dem zunehmenden sittlichen und rechtlichen Verfall immer weniger entgegenwirkt': Das allerdings war nicht immer so. Ehedem lebten wir 'in einer parlamentarischen Demokratie, die sich als tragfähige Ordnung für Recht und Freiheit erwiesen hat'. Seit wann dieses Paradies in Gefahr ist, diese Entscheidung überläßt das Zentralkomitee dem mündigen Laien - der weiß schon, wor das angerichtet hat.

So ist denn auch außer in der Überschrift nicht mehr von Christen und Christentum die Rede, sondern eher von Geldentwertung, staatlichem Dirigismus, extremen politischen Gruppen und ebensolchen Tendenzen. Insgesamt, ganz ohne Wertung jetzt gesagt, eine Sammlung der Wahlkampfschläger der CDU und der CSU. Das freilich könnte durchaus mit 'rechten' Dingen zugehen. Schließlich wählt die Mehrheit der Katholiken immer noch die Schwesternparteien, die das

'C' im Namen tragen. Und auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz machte gegenüber dem Fernsehfrager und 'Spiegel'-Chefredakteur Günter Gaus aus seinem Herzen und seiner politischen Gesinnung keine Mördergrube. Und Präsident des Zentralkomitees ist nun einmal der CDU-Kultusminister Dr. Bernhard Vogel, und der Renommier-Sozialdemokrat im ZK, Dr. Hermann Schmitt-Vedderhausen war vielleicht gerade in Urlaub, als diese Erklärung eine nur wenig Überraschte Öffentlichkeit erreichte.

Insofern wird das Zentralkomitee aber als repräsentative Vertretung der katholischen Laien angesehen. Und diesem Ansehen sind solche Erklärungen abträglich. Soll man sich doch ehrlicherweise als katholische CDU-Wählerinitiative bezeichnen, wie sich kürzlich eine auf der Gegenseite gebildet hat. Der Wähler wird sich vor der Plazierung seines Kreuzchens sicher Gedanken machen über Geldentwertung und Ostpolitik, über Steuerreform und Sozialpolitik. Und es wird vielleicht auch in seinem Gewissen erwägen, ob die Partei, deren Mitglieder in ihrer Mehrzahl für die Fristenlösung in der Abtreibungsfrage sind, für ihn 'wählbar' ist. Die Entscheidung aber sollte man ihm nicht abzunehmen versuchen. Schließlich so heißt es, sind 'die Laien mündig' und nicht nur ein paar Oberlaien."

(-/ex/18.9.1972/ks)